

A N F R A G E von Lars Gubler (Grüne, Uitikon), Andreas Burger (SP, Urdorf) und Rahel Walti (GLP, Thalwil)

betreffend Verwendung von Steinprodukten aus Kinderarbeit

Am 7. Mai 2008 berichtete die Zeitung «20 Minuten», dass in der Gemeinde Uitikon für die Pflasterung eines Platzes Pflastersteine aus indischer Kinderarbeit verwendet worden sind. Der Werkvorstand der Gemeinde verwies in der Schuldfrage auf den Lieferanten der Steine, zeigte sich jedoch aufgeschlossen gegenüber Verbesserungen in der Beschaffungspolitik. Das Ziel solcher Bemühungen soll sein, die Verwendung von Steinprodukten aus Kinderarbeit im Kanton Zürich zu verhindern. Des Weiteren soll auch in anderen Bereichen auf eine sowohl finanziell wie auch ökologisch und sozial sinnvolle Beschaffungspolitik hingearbeitet werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist sich der Regierungsrat der erläuterten Problematik bewusst? Inwiefern haben der Kanton Zürich und seine Gemeinden ein Interesse daran, Kinderarbeit zu verhindern?
2. In welchem Umfang werden durch den Kanton Zürich und seine Gemeinden jährlich Steinprodukte aus dem Ausland importiert, und im welchem Umfang Steine aus inländischer Produktion gekauft?
3. Wie steht der Regierungsrat zur Tatsache, dass die Schweiz über ein reiches Steinvorkommen verfügt, und dass dennoch Steinprodukte aus dem Ausland, teils aus Kinderarbeit, verwendet werden?
4. Wie viel Geld wird im Kanton Zürich und seinen Gemeinden jährlich gespart, indem günstigere Produkte aus dem Ausland verwendet werden?
5. Gedenkt der Regierungsrat etwas zu unternehmen, um die Verwendung von Steinen aus Kinderarbeit zu verhindern?
6. Auf dem Markt existiert mindestens ein Label («Xertifix»), das gewährleistet, dass Steinprodukte aus Indien die Richtlinien der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) berücksichtigen. Wie steht der Regierungsrat zu derartigen Labels? Inwiefern könnte bei Beschaffungen im Kanton Zürich ein derartiges Label in Zukunft berücksichtigt werden?
7. Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um auf eine sowohl finanziell wie auch ökologisch und sozial sinnvollere Beschaffungspolitik hinzuarbeiten?